



TECHNISCHE UNIVERSITÄT
KAISERSLAUTERN



CONGRESS REPORT

Entscheidungen und Entscheidungsprozesse der
Legislative der Vereinigten Staaten von Amerika

Jahrgang 20, No. 11-12/2005

**abgeschlossen am
20. Dezember 2005**

	<u>Seite</u>
1. Kompromiss zur Novellierung des <i>Patriot Act</i> im Senat blockiert	1
2. Congress unterstreicht Folterverbot	2
3. Überparteiliche Kritik an der Irakpolitik Bushs	4
4. Repräsentantenhaus verabschiedet neue Steuersenkungen	7
5. Bush nominiert konservativen Richter für den <i>Supreme Court</i>	8
6. Verschärfte Sanktionen gegen Syrien	9
7. Anklageerhebung gegen Stabschef von Dick Cheney in Wilson-Affäre	10
8. Große Zustimmung zur Nominierung von neuem Chef der US-Notenbank	12
9. Demokraten gewinnen Gouverneurswahlen in New Jersey und Virginia	12
10. Republikaner gewinnt Nachwahlen in kalifornischem Kongressdistrikt	13

1. Kompromiss zur Novellierung des *Patriot Act* im Senat blockiert

Die Beratungen über einen Kompromiss zur Novellierung des nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 verabschiedeten Sicherheitsgesetzes, des USA Patriot Act (vgl. CR 10/2001, S. 1), sind Mitte Dezember 2005 zum Stillstand gekommen.

Senate Majority Leader Bill Frist (R-Tenn.) scheiterte mit einem Versuch, die Debatte zu beenden und eine Abstimmung zu erzwingen, mit 52 gegen 47 Stimmen. Im Senat sprachen sich nur zwei Demokraten für Frists Vorlage aus, während vier Republikaner dagegen stimmten. Für die Beendigung eines *filibuster* (die Verhinderung einer Abstimmung durch Fortsetzung der Debatte) im Senat sind 60 von 100 Stimmen erforderlich.

Das Repräsentantenhaus hatte die Kompromissvorlage am 14. Dezember 2005 mit 251 gegen 174 Stimmen angenommen. 44 Demokraten stimmten dabei mit der republikanischen Mehrheit.

Der Dissens um die Novelle des Sicherheitsgesetzes entzündete sich an der zwischen Senat und Repräsentantenhaus unter republikanischer Federführung ausgehandelten Kompromissvorlage, die eine Reihe von Änderungswünschen der Kritiker des Gesetzes unberücksichtigt gelassen hatte (vgl. CR 7-8/2005, S. 1).

Gemäß den Bestimmungen des *Patriot Act* von 2001 laufen Ende 2005 insgesamt 16 Erweiterungen von Ermittlungs- und Abhörbefugnissen der Geheimdienste aus. Während die große Mehrheit der Zusatzbefugnisse unbefristet festgeschrieben werden soll, haben insbesondere die geheime Einsichtnahme in Kundenunterlagen von Unternehmen und öffentlichen Einrichtungen sowie personenbezogene Abhörgenehmigungen, die nicht auf bestimmte Telefonanschlüsse festgelegt sind, eine intensive Debatte ausgelöst.

Die von Senat und Repräsentantenhaus 2005 verabschiedeten Versionen der Novelle sahen zudem mit vier- und zehnjährigen Fristen für die Verlängerung der umstrittenen Bestimmungen sehr unterschiedliche Zeithorizonte vor. Der zwischen beiden Kammern ausgehandelte Kompromiss sieht eine Verlängerung um sieben Jahre vor.

Kontrovers sind zudem die eingefügten Schutzmechanismen für betroffene Bürger. Die Kritiker fordern vor allem, das Recht der Betroffenen auf eine gerichtliche Überprüfung zu stärken.

Neuen Zündstoff hatte die Debatte um die Abwägung von Sicherheitsinteressen im Kampf gegen den internationalen Terrorismus gegen den Schutz bürgerlicher Freiheiten durch einen Artikel der *Washington Post* von Anfang November 2005 erhalten, der auf einen großen Anstieg geheimer administrativer Beweissicherstellungen durch so genannte *National Security Letters* (NSLs) ohne Gerichtsbeschluss hinweist. Nach Angaben der *Washington Post* stieg die jährliche Zahl der zumeist vom *Federal Bureau of Investigation* (FBI) ausgestellten NSLs auf über 30.000 an. Der *Patriot Act*

hatte die Möglichkeit für solche Anordnungen stark ausgeweitet. Die Novellierung sieht vor, dass solche Anordnungen zukünftig zumindest durch eine offizielle Schilderung der Umstände (*statement of facts*) begründet werden müssen.

Ein Bericht der *New York Times* von Mitte Dezember 2005, der ein von Präsident Bush genehmigtes Programm zum Abhören von internationalen Telefongesprächen zu und von Anschlüssen in den USA ohne Gerichtsbeschluss offen legte, verschärfte die ohnehin aufgeheizte Debatte um den Schutz von Freiheitsrechten nochmals deutlich.

Unter dem *Foreign Intelligence Surveillance Act* (FISA) von 1978 ist das Abhören von entsprechenden Telefongesprächen an Gerichtsbeschlüsse gebunden. Während Präsident Bush und Justizminister Alberto Gonzales das Abhörprogramm unter Verweis auf die vom Congress erfolgte Autorisierung von Maßnahmen im Kampf gegen den internationalen Terrorismus verteidigten, bezweifelten demokratische und republikanische Mitglieder des Congress die Zulässigkeit der Maßnahmen.

Vor diesem Hintergrund insistierten beide Seiten auf ihren Positionen zur Novellierung des *Patriot Act*. Gleichzeitig boten die Gegner des Verhandlungskompromisses eine dreimonatige Verlängerung des *Patriot Act* an, um die Gespräche fortzuführen.

Die Administration und die republikanischen Parteiführungen von Repräsentantenhaus und Senat lehnten dies jedoch kategorisch ab und drängten die Opposition zu einem Einlenken. Dies geschah zum Teil mit scharfen Vorwürfen, nach denen ein Auslaufen des Gesetzes Terroranschläge begünstigen würde.

Die harte Rhetorik bringt die meistenteils demokratischen Kritiker ein Jahr vor den Zwischenwahlen zum Congress in eine politisch exponierte Lage. Die offene Unterstützung von vier konservativen republikanischen Senatoren (Larry Craig (Idaho), Chuck Hagel (Nebraska.), Lisa Murkowski (Alaska) und John Sununu (New Hampshire)), bietet den Demokraten jedoch einen gewissen politischen Flankenschutz.

Bemerkenswert ist zudem, dass sich die Administration genötigt sah auf die Kompromisslinie der Republikaner in Senat und Repräsentantenhaus einzuschwenken und frühere Forderungen nach einer drastischen Ausweitung geheimdienstlicher Befugnisse, insbesondere der behördlichen Beweissicherstellung ohne Gerichtsbeschluss, fallen lassen musste (vgl. CR 6/2005, S. 2).

2. Congress unterstreicht Folterverbot

Nach dem Senat (vgl. CR 10/2005, S. 8) hat am 19. Dezember 2005 auch das Repräsentantenhaus im Rahmen seiner Verabschiedung des Verteidigungsbewilligungsgesetzes 2006 (*Defense Appropriations Bill*) einen Zusatz verabschiedet, welcher

- die grausame, unmenschliche oder herabwürdigende Behandlung oder Bestrafung von so genannten *enemy combatants* in US-amerikanischem Gewahrsam weltweit verbietet.

Gleichzeitig werden US-Militärangehörige ausdrücklich auf den *Army Field Manual* bzw. den *Uniform Code of Justice* verpflichtet, der jegliche Folter von Kriegsgefangenen untersagt.

Das Repräsentantenhaus folgt damit einer Initiative von Senator John McCain (R-Ariz.), der sich bereits Anfang Oktober 90 Mitglieder des Senats angeschlossen hatten. McCain, der während seiner Kriegsgefangenschaft in Vietnam selbst gefoltert wurde, begründete seinen Vorstoß damit, dass die militärische Führung des Pentagon klare Vorgaben für den Umgang mit Kriegsgefangenen haben müsste.

Politisch stand und steht dahinter freilich die Sorge vor einem weltweiten Ansehensverlust der USA, deren Glaubwürdigkeit nach den Folterskandalen von *Abu Graib* (vgl. CR 5/2004, S. 1) und der wachsenden inneramerikanischen Kritik am Gefangenenlager *Guantanamo Bay* (vgl. CR 6/2005, S. 1) erheblichen Schaden genommen hatte. Größer wurde dieser Schaden noch als Anfang November 2005 bekannt wurde, dass der US-Geheimdienst CIA im Rahmen des „Krieges gegen den internationalen Terrorismus“ geheime Gefangenenlager in Osteuropa eingerichtet hat. Offensichtlich schreckte die CIA mit Billigung des Präsidenten auch nicht davor zurück, des Terrorismus Verdächtige außerhalb des eigenen Hoheitsgebiets festzusetzen und in diese geheimen Gefangenenlager zu verbringen, um sie dort zu verhören.

Vor diesem Hintergrund verabschiedete der Senat am 10. November 2005 mit 82:9 Stimmen auch einen von John Kerry (D-Mass.) eingebrachten Zusatz zum Verteidigungsgenehmigungsgesetz (*Defense Authorization*) 2006, in welchem die Administration dazu aufgefordert wurde, die Geheimdienstausschüsse von Senat und Repräsentantenhaus umfassend über die von den USA betriebenen geheimen Haftanstalten zu informieren.

Der Administration gingen diese Initiativen des Congress samt und sonders zu weit. Sie betonte, dass „die USA nicht foltern“. Gleichzeitig drohte sie ein Veto gegen den von McCain initiierten Zusatz an und suchte vor allem über die republikanische Führung des Repräsentantenhauses Einfluss auf den Entscheidungsprozess im Congress zu nehmen.

Dabei unterschätzte sie offensichtlich einerseits den öffentlichen Druck als auch die wachsende Bereitschaft des Congress sich wieder stärker in Fragen der *War Powers* einzumischen. Verfassungsrechtlich liegen die Kriegsvollmachten in den USA beim Congress (Artikel I, 8 der US-Verfassung), auch wenn amerikanische Präsidenten in Zeiten nationaler Bedrohung immer wieder versucht haben, diese Vollmachten zu konterkarieren. Der amerikanische Historiker Arthur Schlesinger warnte schon Anfang der 1970er Jahre im Zuge des Vietnam-Krieges vor der Gefahr einer „imperialen Präsidentschaft“.

Mit dem Folterverbot unterstreicht der Congress erstmals seit den Ereignissen des 11. September 2001 wieder explizit sein Mitspracherecht im Bereich der *War Powers*. Das ist nach Einschätzung von Senator Lindsey Graham (R-S.C.) „lange überfällig“. Allerdings hat der Congress nach Grahams Einschätzung lange gezögert sich wieder aktiver zu Wort zu melden, weil er befürchtete in den Augen der Öffentlichkeit „als zu freundlich gegenüber Terroristen“ zu erscheinen. Diese Befürchtung scheint nun sowohl der Senat als auch das Repräsentantenhaus nicht mehr zu haben.

Allerdings verweigerte der Congress im Rahmen seiner Betonung des Folterverbots den in *Guantanamo* festgehaltenen *enemy combatants* das Recht juristische Schritte gegen die Vereinigten Staaten oder einzelne Regierungsmitglieder einzuleiten. Außerdem wurden Militärtribunalen weitgehende Rechte im Umgang mit Gefangenen auf *Guantanamo Bay* eingeräumt, was eine neuerliche Grauzone eröffnen könnte.

Gleichwohl musste die Bush-Administration eine empfindliche politische Niederlage einstecken, hatte sie doch bis zum Schluss versucht den McCain-Zusatz zu Fall zu bringen. „Wir haben eine Botschaft an die Welt geschickt“, so McCain, „dass die USA nicht wie die Terroristen sind.“ Gemeint ist die Aufrechterhaltung von „Werten und Verhaltensstandards für alle Menschen, egal wie böse oder schlecht sie sind“, so der Senator. Dahinter steht die Überzeugung, dass die USA den Kampf gegen den internationalen Terrorismus nur gewinnen können, wenn sie auch „die Herzen der Menschen überall in der Welt gewinnen.“

3. Überparteiliche Kritik an der Irakpolitik Bushs

Im Congress hat gut zweieinhalb Jahre nach dem Ende der offiziellen Kampfhandlungen gegen den Irak die überparteiliche Kritik an der Besatzungspolitik Präsident Bushs massiv zugenommen.

Im Senat wurde Mitte November 2005 im Rahmen der Verabschiedung des Haushaltsentwurfs für das Verteidigungsgenehmigungsgesetz 2006 (*Defense Authorization and Emergency Spending for Iraq and Afghanistan*) ein Zusatz von John W. Warner (R-Va.) verabschiedet, der Präsident Bush mit 79 gegen 19 Stimmen darauf verpflichtet,

- einen Fahrplan für die Vorbedingungen eines Abzugs der US-Truppen aus dem Irak zu entwickeln.

Für den Zusatz sprachen sich neben 37 Mitgliedern der demokratischen Minderheitsfraktion und einem unabhängigen Mitglied des Senats auch 41 Republikaner aus. Gegen das *Amendment* stimmten lediglich 13 Republikaner und 6 Demokraten, ein Zeichen für die wachsende überparteiliche Unzufriedenheit des Senats mit der Irakpolitik Präsident Bushs.

Dafür spricht auch ein weiterer Zusatz zur *Defense Authorization*, der mit 98:0 Stimmen verabschiedet wurde und Präsident Bush dazu verpflichtet, dem Congress vierteljährlich über den Fortgang der Kampfhandlungen im Irak und einen Truppenabzug zu berichten.

Zwar wollte die republikanische Fraktionsführung im Senat um *Majority Leader* Bill Frist (Tenn.) mit den Voten kein Plädoyer für einen „Politikwechsel“ bzw. einen perspektivischen Rückzug der USA aus dem Irak verknüpft sehen. Die Botschaft ist jedoch glasklar. Erstmals seit den Ereignissen des 11. September 2001 melden nicht nur die Demokraten, sondern auch die Republikaner öffentlich ihren Anspruch auf Mitsprache in der Irakpolitik Bushs an. Vorbei ist jene Phase, in der sich die Republikaner im Senat ohne Wenn und Aber hinter ihren Präsidenten und seinen „Krieg gegen den internationalen Terrorismus“ sowie die militärische Interventionspolitik im Irak gestellt haben (vgl. CR 10/2002, S. 1).

„Wir sorgen uns um unsere Truppen“, begründete der Republikaner Mike DeWine (Ohio) den Positionswandel innerhalb seiner Fraktion. Gemeint sind die zwischenzeitlich über 2.200 gefallenen US-Soldaten, ohne dass eine langfristige Stabilisierung des Irak erreicht worden ist. Das deckt sich mit der wachsenden Unzufriedenheit der breiten Öffentlichkeit in den USA. Einer *NBC News-Wall Street Journal*-Umfrage von Anfang November 2005 zufolge sind 57 Prozent der Befragten der Auffassung, dass die USA damit beginnen sollten, ihre Soldaten aus dem Irak abzuziehen, zumal das Land sich eine Verfassung gegeben hat.

An diese Einstellungsmuster knüpfen die Demokraten im Senat mit ihrer immer unverblümter formulierten Kritik an der Irakpolitik des Präsidenten an. „Das amerikanische Volk“, so *Minority Leader* Harry Reid (D-Nev.) in einer Verlautbarung im Dezember 2005, erwartet „einen klaren Plan für einen Sieg im Irak“. Sein Fraktionskollege Joseph R. Biden (D-Del.) geht in seinen Überlegungen noch einen Schritt weiter und erwartet für Ende 2006 US-Truppenkontingente von 50.000 bis 80.000 Soldaten im Irak. Für 2007 rechnet der Demokrat mit einer US-Truppenstärke von 15.000-50.000 Mann, und in drei Jahren hält er sogar einen kompletten Abzug der US-Truppen aus dem Irak für möglich. Fachleute wie Kenneth M. Pollack halten dem entgegen, dass es durchaus erforderlich werden könnte, die Truppenstärke von gegenwärtig 150.000 auf bis zu 400.000 zu erhöhen, um das Land längerfristig zu stabilisieren.

Indes haben auch die Demokraten im Repräsentantenhaus ihre Kritik an der Irakpolitik des Präsidenten verschärft. Dazu zählt der Vorstoß von John P. Murtha (D-Penn.), einem hoch dekorierten Ex-Elitesoldaten und *Ranking Minority Member* des Bewilligungsausschusses, von Mitte November 2005. Murtha hatte sich Mitte November 2005 öffentlich dafür ausgesprochen, die US-Truppen innerhalb von sechs Monaten aus dem Irak abzuziehen. „Das Militär“, so der bis dahin loyale Befürworter von Bushs Interventionspolitik im Irak, „hat alles getan, was von ihm verlangt wurde. Die USA können militärisch im Irak nichts weiter erreichen.“ Deshalb so Murtha, „ist es Zeit unsere Truppen nach Hause zu bringen.“

Die Republikaner suchten Murthas Forderung nach einem zeitnahen Truppenrückzug als „Kapitulation vor den Terroristen dieser Welt“ zu brandmarken. Dabei hatte der konservative Demokrat unzweifelhaft den Nerv einer zunehmend verunsicherten amerikanischen Gesellschaft getroffen, was auch von einigen Republikanern im Repräsentantenhaus eingestanden wurde. So wies der William M. Thornberry (R-Tx.), Mitglied des *House Armed Services Committee*, darauf hin, dass in seinem Wahlkreis Soldaten ihr Leben im Irak verloren haben und deren Familien ihn fragen: „Gewinnen wir? Machen wir Fortschritte? Stehen wir dem Irak zur Seite oder verlassen wir das Land wie wir Vietnam verlassen haben?“ Gemeint ist die Gefahr einer militärischen Niederlage im Irak so wie die USA den Vietnam-Krieg verloren hatten.

John Mueller, ein führender US-amerikanischer Meinungsforscher, hat in diesem Zusammenhang in der jüngsten Ausgabe von *Foreign Affairs* in Anspielung auf das so genannte Vietnam-Syndrom vor einem „Irak Syndrom“ gewarnt, welches langfristige Auswirkungen auf die Unterstützung der US-Öffentlichkeit für eine aktive Weltordnungspolitik der Vereinigten Staaten haben könnte.

Für die Republikaner stellt sich mit Blick auf die Zwischenwahlen 2006 nun die Frage, wie lange sie der Irakpolitik ihres Präsidenten noch vorbehaltlos Gefolgschaft leisten sollen, müssen sie doch befürchten von den Wählern dafür im November 2006 politisch abgestraft zu werden.

Allerdings stehen auch die Demokraten vor einer erheblichen politischen Herausforderung, dürfen sie doch nicht den Eindruck entstehen lassen, dass sie aus wahltaktischen Motiven die Kritik an der Irakpolitik Bushs verschärfen. Entsprechend hat *House Minority Leader* Nancy Pelosi (D-Cal.), eine liberale Demokratin, Mitte Dezember 2005 bekräftigt, dass ihre Partei keine einheitliche Position in der Frage einer „Exit-Strategie“ aus dem Irak vertritt.

Dagegen haben zwei prominente liberale Demokraten im Senat, John Kerry (Mass.) und John Edwards (N.C.), vier Wochen zuvor öffentlich erklärt, dass sie sich an ihre Unterstützung für die Ermächtigungsresolution zum Einsatz militärischer Gewalt gegen den Irak aus dem Jahr 2002 nicht mehr gebunden fühlten, weil sie von der Administration in die Irre geführt worden seien. Gemeint sind die damals vom Weißen Haus genannten Gründe für einen Krieg gegen den Irak, die sich als substanzlos erwiesen hatten.

Jenseits dieser Unterschiede in der Kritik an der Irakpolitik im Lager der Demokraten dürfte die Bewertung der Problematik zu einem der zentralen Wahlkampfthemen in den *Midterm Elections* im November 2006 zählen.

Präsident Bush hat sich zwischenzeitlich in einer massiven Öffentlichkeitskampagne bemüht, die Zweifel der amerikanischen Öffentlichkeit an seiner Irakpolitik auszuräumen. Nach sechs Reden in drei Wochen scheint es ihm am Ende des Jahres 2005 gelungen Terrain gut zu machen. Folgt man einer *Washington Post-ABC*-Umfrage von Mitte Dezember 2005, dann liegt die Zustimmungsrate zu seiner Amtsführung zwi-

schenzeitlich wieder bei 47 Prozent, während sie Anfang November 39 Prozent betragen hatte. Auch mit Blick auf die Irakpolitik haben sich die Umfragewerte des Präsidenten verbessert. Allerdings vertreten noch 52 Prozent der Befragten die Auffassung, dass die USA ihre Truppen im Irak verringern sollten, und eine ebenso große Gruppe ist der Auffassung, dass der US-amerikanische Truppeneinsatz im Irak den Aufwand nicht wert war. In diesem Zusammenhang sind wiederum 60 Prozent der Befragten der Meinung, dass Bush nicht adäquat erklärt hat, warum die USA im Irak sind.

4. Repräsentantenhaus verabschiedet neue Steuersenkungen

In einer Serie von Abstimmungen hat das Repräsentantenhaus Anfang Dezember 2005 vier Gesetzesvorlagen verabschiedet, die für die kommenden fünf Jahre Steuererleichterungen von insgesamt 95 Mrd. USD vorsehen.

Das größte Einzelpaket zielt auf die Fortschreibung der auslaufenden Steuersenkungen auf Dividenden und Gewinne aus Aktienverkäufen, die der Congress auf Initiative Präsident Bushs 2001 beschlossen hat (vgl. CR 6-7/2001, S. 3). Die Steuereinnahmeverluste werden auf ca. 56 Mrd. USD geschätzt.

In der Abstimmung schlossen sich bei 234 gegen 197 Stimmen nur neun Demokraten der republikanischen Mehrheit an, drei Republikaner sprachen sich gegen die Vorlage aus.

Das politisch wichtigste und mit ca. 31 Mrd. USD zweitgrößte Paket ist eine wiederum einjährige Anpassung der Mindeststeuer (Alternative Minimum Tax, AMT) (vgl. CR 9/2004, S. 1).

414 Abgeordnete sprachen sich für die Annahme der Vorlage aus, nur vier Demokraten stimmten gegen sie.

Weitere ca. 7 Mrd. sind für Steuervergünstigungen für die von Hurrikan Katrina betroffenen Gebiete im Süden der USA vorgesehen und ca. 153 Mio. USD, mit Abstand die kleinste Summe, für Steuererleichterungen für Soldaten im Irak, die Sonderzulagen für den Einsatz im Kampfgebiet erhalten.

Während die Republikaner darauf hinwiesen, ihre Steuersenkungspolitik sei für das anhaltend starke Wirtschaftswachstum in den USA wesentlich mitverantwortlich, kritisierte die demokratische Opposition die Ausrichtung der Erleichterungen auf die oberen Einkommensgruppen bei wachsender Staatsverschuldung und gleichzeitiger Kürzung von Sozialprogrammen.

Der Umfang der Steuersenkungen lässt allerdings Schwierigkeiten im Senat erwarten, wo die Republikaner darauf setzen, dass die außerhalb des Budgetrahmens beschlossene Anpassung der *Alternative Minimum Tax* auf Grund ihrer Breitenwirkung mit Hilfe der Demokraten verabschiedet werden kann.

Allerdings hat der republikanische Fraktionsführer im Senat, *Majority Leader* Bill Frist (Tenn.) angedeutet, das die AMT-Anpassung möglicherweise auf das nächste Jahr verschoben wird und gegebenenfalls rückwirkend ausgestaltet werden soll.

5. Bush nominiert konservativen Richter für *Supreme Court*

Angesichts scharfer Kritik an der Nominierung von Harriet Miers für den *Supreme Court* von Seiten religiös- wie rechtskonservativer Organisationen und fehlender Unterstützung in der republikanischen Senats-Fraktion (vgl. CR 10/2005, S. 3) hat Präsident Bush einen profilierten konservativen Bundesrichter, Samuel A. Alito, Jr., vorgeschlagen.

Harriet Miers, die juristische Chefberaterin des Präsidenten, zog Ende Oktober 2005 in einer überraschend schnellen Kehrtwendung ihre Kandidatur zurück. Nach der zunächst demonstrativen Unterstützung für die langjährige Mitarbeiterin Bushs wechselte die Administration unter dem wachsenden Druck zu einer Strategie der raschen Schadensbegrenzung.

Die Nominierung von Samuel Alito für die Nachfolge der renommierten Verfassungsrichterin Sandra Day O'Connor kommt den konservativen Kritikern Miers in entscheidenden Punkten entgegen.

Wie John G. Roberts, der im September 2005 vom Senat mit breiter Mehrheit als neuer Vorsitzender des *Supreme Court* bestätigt worden ist (vgl. CR 10/2005, S. 2), gilt der 55-jährige Alito als fähiger, hochkarätiger Jurist. Nach dem Rechtsstudium in Princeton und Yale arbeitete Alito unter anderem als Bundesstaatsanwalt in seinem Heimatstaat New Jersey und von 1981 bis 1987 als hochrangiger Mitarbeiter des Justizministeriums unter Präsident Ronald Reagan.

Alitos unpräntöser, offener Stil kann allerdings nicht verhehlen, dass er als Richter am Berufungsgericht des 3. Bundesbezirks (1990 von George H. W. Bush ernannt) in einer Reihe wichtiger Fälle schärfere ideologische Konturen hat erkennen lassen.

Seine Urteilsbegründungen und Minderheitenvoten in kontroversen Frage wie des Rechts auf Schwangerschaftsabbruch, der Minderheiten-Förderung oder der Kompetenzabgrenzungen zwischen Exekutive, Legislative und Judikative weisen ihn als methodischen und sorgfältig argumentierenden Juristen aus, der jedoch eine konservative Grundorientierung nicht verbirgt.

Alito, dessen Namen in der Nominierungsdebatte immer wieder genannt worden war, entspricht damit zwar den Wünschen konservativer Republikaner, auf der Seite der Demokraten wird er aber ungeachtet der zugestandenem fachlichen Qualifikation mit entsprechend größerer Skepsis betrachtet.

Die Vorbehalte zielen insbesondere auf Alitos prononcierte Ablehnung des Rechts auf Schwangerschaftsabbruch, wie sie in Memoranden und Arbeitspapieren aus der Zeit seiner Tätigkeit im Justizministerium zu Tage getreten ist. Auch seine Bereitschaft, rechtliche Einschränkungen und Hürden in der Abtreibungspraxis von Seiten des Bundes wie der Einzelstaaten während seiner Tätigkeit als Richter am Berufungsgericht zu akzeptieren, wird kritisiert.

Der Kandidat wie die Administration bemühten sich allerdings, die scharfen Kanten im Profil durch Verweise auf Alitos verfassungsrechtlich disziplinierten Ansatz, in dem persönliche Überzeugungen keine Rolle spielten, abzuschwächen. Zudem betonte Richter Alito in den bisherigen Gesprächen mit Senatoren, das bestehende Grundsatzurteilen, die mehrfach bestätigt worden sind, eine hohe Bedeutung im Sinne der Stabilität von Rechtserwartungen zukommen und diese entsprechend nicht ohne weiteres umgestoßen werden könnten.

Wenn gleich Alito kaum als radikaler Revisionist gelten kann, ist doch der Eindruck vorhanden, dass er die konservative Strategie einer Einengung und Erschwerung von Abtreibungen aktiv unterstützt. Dies konfrontiert die Demokraten im Senat mit einem ersten Dilemma.

Als Nachfolger der einen Ausgleich zwischen den Lagern bemühten O'Connor lässt Alito einen zwar nur eine graduelle, aber eben doch konservativere Positionierung erwarten. Allerdings dürfte es für die Demokraten auf Grund der juristischen Qualifikation und des professionellen Auftretens Alitos schwer werden eine Blockade des Kandidaten durch filibuster zu betreiben.

Vor diesem Hintergrund ist zu erwarten, dass Alito in den für Anfang 2006 angesetzten Anhörungen vor dem Justizausschusses des Senats zwar einer intensiven Prüfung unterzogen wird. Ohne weitere, neue Einsichten in die Rechtsphilosophie des Richters, die politisch belastend wirken könnten, ist die Nominierung für die Demokraten jedoch kaum aufzuhalten.

Für die Bush-Administration hat der Rückzug Miers und die Nominierung Alitos positive Effekte. Ungeachtet der sichtbar gewordenen Risse in der republikanischen Partei kann sich die Administration im Falle einer eventuellen Zuspitzung der Nominierungsdebatte zumindest der Unterstützung der konservativen Mehrheit sicher sein.

6. Verschärfte Sanktionen gegen Syrien

Der Senat hat sich 8. November 2005 für verschärfte Sanktionen gegen Syrien ausgesprochen (S 1713). Er folgte damit einer Vorgabe des Repräsentantenhauses vom 26. Oktober. Danach werden die Bestimmungen des so genannten Iran Nonproliferation Act aus dem Jahr 2000 auf Syrien ausgedehnt.

Entsprechend können Rechtspersonlichkeiten („entities“), die Syrien bei der Herstel-

lung, Beschaffung, Entwicklung, dem Transport oder der Übergabe von Massenvernichtungswaffen unterstützen, analog Abschnitt 2 (5), des „Iran Nonproliferation Act“, *Public Law* 106-178, mit Sanktionen belegt werden.

Gleichzeitig wird in der Gesetzesvorlage unterstrichen („Iran Nonproliferation Amendments Act of 2005“), dass

- Russland Staaten wie den Iran, Indien und die Volksrepublik China im Bereich Raketentechnologie unterstützt hat;
- der Iran die Weiterentwicklung seiner Shahab-3 Mittelstreckenraketen russischer Unterstützung verdankt;
- der Iran seine Verpflichtungen im Rahmen des Atomwaffensperrvertrages (NVV) verletzt hat und seine „uranium conversion activities“ wieder aufgenommen hat.
- Präsident Bush mit Executive Order 13382 vom 29. Juni 2005 Sanktionen gegen vier iranische Rechtsorganisationen verhängt hat (Aerospace Industries Organization, Shahid Hemmat Industrial Organization of Iran, Shahid Bakeri Industrial Group sowie Atomic Energy Organization of Iran).

7. Anklageerhebung gegen Stabschef von Dick Cheney in Wilson-Affäre

Sonderstaatsanwalt Patrick J. Fitzgerald hat Ende Oktober 2005 im Zusammenhang der Ermittlungen um die Enttarnung der CIA-Agentin Valerie Plame im Zuge der Debatte um die Begründung des Irak-Krieges Anklage gegen I. Lewis "Scooter" Libby, den Stabschef von Vizepräsident Dick Cheney, erhoben (vgl. CR 10/2005, S. 11). Libby trat unmittelbar nach Bekanntgabe der Anklageerhebung von seinem Amt zurück, obwohl er an seiner Unschuld festhält.

Eine Anklageerhebung gegen den politischen Chefstrategen von Präsident George Bush, Karl Rove, über die zuvor heftig spekuliert worden war, blieb aus. Allerdings schloss *Special Counsel* Fitzgerald entgegen den Erwartungen seine Ermittlungen noch nicht ab und Roves Verhalten bleibt der zentrale Focus der Untersuchung.

Fitzgerald war von Justizminister John D. Ashcroft 2003 eingesetzt worden, nachdem der nachrichtendienstliche Hintergrund Plames von Mitarbeitern der Administration gegenüber Journalisten enthüllt worden war. Plame ist mit Botschafter a. D. Julius Wilson verheiratet, der im Vorfeld des Irakrieges 2003 massive Zweifel daran geäußert hatte, dass Saddam Hussein waffenfähiges Uran im Niger zu beschaffen versuchte. Die Administration hatte dies als Kriegsgrund gewertet.

Die wissentliche und vorsätzliche Enttarnung von Geheimdienst-Mitarbeitern ist unter dem *Intelligence Identities Protection Act* von 1982 strafbar, Geheimnisverrat unter dem *Espionage Act* von 1917. Angesichts der von Fitzgerald zugestandenen Schwie-

rigkeiten des Nachweises einer strafbaren Handlung konzentrieren sich die gegen Libby erhobenen Vorwürfe auf dessen Aussagen im Zuge der Ermittlungen.

Die Anklageschrift umfasst fünf Punkte.

Dies sind im Einzelnen

- Falschaussage in zwei Fällen,
- Meineid in zwei Fällen sowie
- Behinderung der Ermittlungen.

Fitzgerald betonte, die Vergehen seien generell schwerwiegend, für ranghohe Mitarbeiter der Regierung aber besonders gravierend.

Libby, der öffentliche Rückendeckung von Vizepräsident Cheney wie Präsident Bush erhielt, gab sich zuversichtlich, in dem anstehenden Prozess die Vorwürfe entkräften zu können.

Präsidenten-Berater Rove entging einer Anklage nach den bisher bekannt gewordenen Informationen, indem er in einer nachträglichen Aussage frühere Angaben korrigierte. Der genaue Zweck und Gegenstand der abschließenden Ermittlungen Fitzgeralds zur Rolle Roves ist noch nicht öffentlich gemacht worden.

Kompliziert wird der Abschluss der Ermittlungen jedoch dadurch, dass Roves Anwalt offensichtlich von einer Reporterin des Magazins *Time* auf Lücken in den Aussagen seines Mandanten aufmerksam gemacht worden wurde. Zudem hat der Starjournalist der *Washington Post*, Bob Woodward, eingestanden, bereits zu einem früheren Zeitpunkt Informationen zu Plame erhalten zu haben.

Wenngleich die Administration sichtlich erleichtert ist, dass Fitzgeralds Untersuchung Rove und damit indirekt den Präsidenten selbst vorerst nicht belastet haben, wächst die Ungewissheit über die fortgesetzten Ermittlungen. Die Untersuchungsergebnisse werden, wenn keine Anklage erhoben wird, nicht veröffentlicht. Anderenfalls droht, wie in dem anstehenden Verfahren gegen Libby, eine öffentliche Verhandlung.

Nach Einschätzungen von Beobachtern halten sich die Folgen der Wilson-Affäre für die Administration bisher in engen Grenzen, obwohl der Image- und Glaubwürdigkeitsschaden nicht zu übersehen ist. Nach einer gemeinsamen Meinungsumfrage von *Washington Post/ABC* glaubt eine Mehrheit der Bevölkerung (55 Prozent), dass der Fall Libby tiefergehende Probleme andeutet.

Darüber hinaus haben die Ermittlungen des Sonderstaatsanwalts die Debatte um die Begründung des Kriegs erneut angefacht. Die oppositionellen Demokraten im Congress fordern eine generelle Offenlegung der Entscheidungsprozesse im Weißen Haus.

Eine weitere Anklageerhebung oder das Bekannt werden belastender Details könnten dieser Forderung eine größere politische Schlagkraft verleihen.

8. Große Zustimmung zur Nominierung von neuem Chef der US-Notenbank

Im Congress ist die Nominierung von Ben S. Bernanke zum neuen Chef der US-Notenbank *Federal Reserve* durch Präsident Bush Ende Oktober 2005 mit großer Zustimmung aufgenommen worden. Die Bestellung Bernanke, der im Juni den Vorsitz im *Council of Economic Advisers* übernommen hatte und seit 2002 dem Board der *Federal Reserve* seit 2002 angehört, wird von einflussreichen Wirtschaftsgruppen wie der *National Association of Manufactures*, der *Bond Market Association* oder der *Mortgage Bankers Association* unterstützt.

Barnanke, der in Harvard, am MIT und in Princeton gelehrt hat, soll die Nachfolge von Alan Greenspan antreten, der nach über 18 Jahren an der Spitze der US-Notenbank am 31. Januar 2006 in den Ruhestand gehen wird.

Obwohl die Demokraten ihre Zustimmung zur Nominierung von Bernanke signalisiert haben, wollen sie die Bestätigung des allseits respektierten Inflationfachmannes zu einer Auseinandersetzung mit der Wirtschafts-, Steuer- und Fiskalpolitik Präsident Bushs nutzen.

9. Demokraten gewinnen Gouverneurswahlen in New Jersey und Virginia

Demokratische Gouverneurskandidaten in New Jersey und Virginia haben Anfang November 2005 überraschend klare Wahlsiege errungen und sorgten damit in ihrer Partei ein Jahr vor den Zwischenwahlen im Novemeber für einen merklichen Stimmungsaufschwung unter den Demokraten.

In New Jersey siegte Senator Jon Corzine mit 53,2 Prozent der Stimmen gegen seinen republikanischen Gegenkandidaten, Douglas Forrester, der 43,4 Prozent erzielte. Während New Jersey generell ein zur demokratischen Seite neigender Staat ist, war Corzines erheblicher Vorsprung nach der harten, gut finanzierten Kampagne seines Kontrahenten nicht erwartet worden.

In Virginia gewann Lieutenant Governor Timothy Kaine mit 51,7 Prozent vor seinem republikanischen Gegner Jerry Kilgore. Kaines Wahlsieg, den er mit der aktiven Hilfe des populären demokratischen Amtsinhabers, Mark Warner, scheinbar mühelos erreichen konnte, wird als gutes Zeichen für seine Partei gewertet, da Virginia in der Regel republikanischen Kandidaten den Vorzug gibt.

Präsident Bush hatte bei einem gemeinsamen Auftritt mit Jerry Kilgore noch am Vorabend der Wahl versucht, dem republikanischen Kandidaten zusätzlichen Schub zu geben. Angesichts der gegenwärtig vergleichsweise niedrigen Popularität Bushs unter

parteiunabhängigen Wechselwähler zielte Bushs Präsenz primär auf die Mobilisierung der republikanischen Basis.

Allerdings riskierte Bush damit auch politisch in Verbindung mit Kilgores Niederlage gebracht zu werden. Entsprechenden Kommentaren von demokratischer Seite begegneten Vertreter der Republikanischen Partei mit dem Hinweis, dass die Demokraten auch 2001, als Bushs Popularität ihren Höhepunkt erreicht hatte, New Jersey und Virginia gewonnen hatten (vgl. CR 11/2001, S. 9).

Als Nachfolger für seinen vakanten Senatssitz ernannte Jon Corzine noch vor seiner offiziellen Vereidigung als Gouverneur den Abgeordneten Robert Menendez (N.J.). Der Sohn einer kubanischen Einwandererfamilie ist der erste hispanisch-stämmige Senator New Jerseys.

10. Republikaner gewinnt Nachwahlen in kalifornischem Kongressdistrikt

In Kaliforniens 48. Kongressdistrikt verteidigte *State Senator* John Campbell (R) den Sitz für die Republikanische Partei, der nach der Ernennung von Christopher Cox zum Vorsitzenden der *Securities and Exchange Commission* vakant geworden war.

Campbell gewann in dem als republikanisch geltenden Wahlkreis mit nur 44 Prozent der Stimmen gegen seinen demokratischen Gegenkandidaten Steve Young (28 Prozent) und einen Kandidaten der *American Independent Party*, Jim Gilchrist (26 Prozent).

Jim Gilchrist, selbst ein konservativer Republikaner und Mitbegründer des *Minuteman Project*, einer Vereinigung, die Freiwillige für nicht-offizielle Grenzpatrouillen organisiert, trat mit einem auf die Einschränkung von Einwanderung beschränkten Wahlprogramm an.



Congress Report, ISSN 0935-7246

Redaktion
Dr. Söhnke Schreyer
Prof. Dr. Jürgen Wilzewski

Beirat
Prof. Dr. Ernst-Otto Czempel

Druck
Technische Universität Kaiserslautern
Postfach 3049
D-67653 Kaiserslautern

http://www.uni-kl.de/politik/pubs/congress_report